

Niederschrift

zur 54.Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 27.06.2018	18:30- 20:05 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Uwe Koch

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler , Gerold Sachse

CDU-Fraktion

Karin Lehmann , Wolfgang Petenati

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Kai Hamacher , Christina Krüger für Christian Dippe, Nancy Krüger für Thomas Fischer

SPD-Fraktion

Jürgen Luban für Elke Wagner, Sebastian Rausch

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich für Ulrich Anke

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker

Bürgermeister

Matthias Rudolph

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Christfried Tschepe

Abwesend

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer entschuldigt

SPD-Fraktion

Elke Wagner entschuldigt

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel entschuldigt

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 54. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden recht herzlich.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit wird festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung liegen Nachträge vor.

TOP 7.6. Elternbeitragssatzung Stadt Fürstenwalde/Spree für die Inanspruchnahme von kommunalen Kinderbetreuungsleistungen in Kindertagesstätten 6/DS/685

TOP 7.7 Neufassung der Satzung über die Versorgung mit Mittagessen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree 6/DS/686

Die so geänderte Tagesordnung lässt der Vorsitzende abstimmen.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschriften

TOP 4.1 Bestätigung der Niederschrift vom 23.05.2018

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 4.2 Bestätigung der Niederschrift vom 07.06.2018

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 4.3 Bestätigung der Niederschrift vom 13.06.2018

Korrektur: Anwesend Stefan Wende für Gerold Sachse

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

keine

TOP 6 Einwohnerfragestunde

keine

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Einforderung der ordentlichen Personalkostenerstattung vom Landkreis 6/AN/699 Oder-Spree nach Kita-Gesetz

Der Bürgermeister führt aus, dass die zu hoch ausgewiesenen Personalkosten für das pädagogische Personal herausgerechnet wurden, so dass die erstattungsfähigen Personalkosten vom LOS

jetzt rund 65% betragen (lt. Kita-Gesetz 85%).

Dr. Fehse merkt an, das nach wie vor mehr Personal als theoretisch vorgeschrieben, vorhanden ist.

Abg. Sachse hat kein Problem damit, die Verwaltung zu beauftragen, sich mit dem LOS weiter ins Benehmen zu setzen und den Erstattungsanspruch einzufordern.

Abg. Rausch hinterfragt, welchen Betrag/Prozentsatz die Verwaltung schlussendlich vom LOS einfordern will, worauf der Bürgermeister antwortet, dass ein vorstellbarer Weg wäre, detailliert nachzurechnen, wie hoch die Erstattung für eine Erzieherin bzw. einen Erzieher ist.

Des Weiteren bemerkt er, dass er dem Ansinnen grundsätzlich positiv gegenüber steht, aber in dem pauschalen Antrag zusätzliches Zahlenmaterial vermisst.

Der Bürgermeister stellt klar, dass die entsprechenden Dokumente in der DS 6/DS/685 enthalten sind, schon wegen der Berechnung der Elternentgelte für den Kita-Bereich.

Abg. Fiedler die Beschäftigungszeiten für die Erzieherinnen bzw. Erzieher.

Laut Aussage von Herrn Dr. Fehse wurden die Beschäftigungszeiten von 40 Stunden auf 38 Stunden abgesenkt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, beim Landkreis die Erstattung des ordentlichen Personalkostenzuschusses nach Kita-Gesetz, bemessen an den tatsächlichen Personalkosten, einzufordern. Sofern notwendig und möglich, können Rechtsmittel eingelegt werden. Die Erstattung ist auch für die Vergangenheit zu verlangen.

Zustimmung Ja 9 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 7.2 Gemeinsamer Antrag von FDP und B90/Die Grünen zur illegalen Abfalldeponie im Herzen der Stadt 6/AN/728

Abg. Zänker spricht zum Antrag der „illegalen Abfalldeponie in der Stadt“ und führt aus, dass es bereits im Jahr 2013 eine Anzeige des Landesumweltamtes bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt (Oder) gab. In diesem Verfahren hat die Staatsanwaltschaft vom Landesumweltamt einen Statusbericht abgefordert. In diesem Bericht weist das Landesumweltamt auf eine ungenehmigte Ablagerung mehrerer Tonnen Plasteabfälle auf dem Gelände hin und hat vor einer Brandgefahr gewarnt. Bei YouTube sind mehrere Filmbeiträge eingestellt. Dort ist u.a. eine Halle, gefüllt mit brennbaren Matratzen, Berge brennbarer Plasteabfälle sowie offene Schweröltanks zu sehen. Sinn dieses Antrages ist es, die Fürstenwalder Feuerwehr in Zusammenarbeit mit der Verwaltung zu beauftragen, eine Brandverhütungsschau durchzuführen und Abwehrmaßnahmen prüfen zu lassen.

Der Vorsitzende moniert, was er mit einem Antrag anfangen soll, der einen reinen populistischen Titel „Mülldeponie im Herzen Stadt“ hat und fragt, wo da die Sacharbeit geblieben ist.

Abg. Fiedler merkt an, dass bereits darüber diskutiert wurde, ein Treffen mit den Verantwortlichen des LOS, des LUA und den Eigentümern zu organisieren.

Der Bürgermeister teilt mit, dass für den 9.7.2018 eine gemeinsame Beratung mit der Abfallbehörde, Landkreis Oder-Spree, Landesumweltamt, Feuerwehr und Ordnungsamt anberaumt wurde, um weitere Schritte einzuleiten. Aktuell liegt von der Feuerwehr eine schriftliche Stellungnahme zu dem Sachverhalt vor, die den Abg. zur Verfügung gestellt wird.

Die antragstellende Fraktion verzichtet auf eine Abstimmung, um zunächst die weitergehenden Informationen abzuwarten.

TOP 7.3 Antrag der BFZ-Fraktion Resolution an das Land Brandenburg Straßen- 6/AN/725 ausbaubeiträge abschaffen

Der Vorsitzende informiert, dass der Antrag im Stadtentwicklungsausschuss nicht zur Annahme empfohlen wurde.

Abg. Sachse weist im Pkt. 3 des Beschlussvorschlages darauf hin (...hilfsweise die Erhebung von Beiträgen nur stattfindet, wenn nachweislich wirtschaftliche Vorteile ...) dass dieser für ihn unsinnig ist, denn wenn ein Vorteil erst nachgewiesen werden muss, wird es zu nicht unerheblichen Klagen von Bürgern kommen, die behaupten, sie hätten keinen Vorteil. Auch wenn die Straßenausbaubeiträge nicht abgeschafft, sondern zu einer Kann-Bestimmung werden, dann gibt es von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedliche Rechtssituationen. Deshalb plädiert er dafür, diesen Antrag in der vorgelegten Form abzulehnen.

Abg. Petenati ergänzt, dass eine Diskussion zu den Straßenausbaubeiträgen bereits im Landtag geführt und er diesem Antrag nicht zustimmen wird.

**Zustimmung Ja 5 Nein 6 Enthaltung 2 Befangen 0
Ablehnung**

TOP 7.4 Antrag der FDP-Fraktion - Verbesserung der Bedingungen für Wasser- 6/AN/719 touristen an der Liegestelle Wassergasse

Zu diesem TOP merkt der Vorsitzende an, dass es in der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses eine Änderung zum Beschlussvorschlag gab, der wie folgt lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, Maßnahmen zu beschreiben, deren Kosten zu benennen, um die Bedingungen für Wassertouristinnen und -touristen an der Liegestelle Wassergasse zu verbessern. *Der Maßnahmenplan und die dazugehörigen Kosten sind der Stadtverordnetenversammlungen zur Beschlussfassung vorzulegen.*

Die Mitglieder verständigen sich darauf, die Verwaltung zu beauftragen, entsprechende Maßnahmen zu beschreiben, deren Kosten zu benennen und in einer der nächsten Sitzungen der STVV den Maßnahmenplan zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, Maßnahmen zu beschreiben, deren Kosten zu benennen um die Bedingungen für Wassertouristinnen und -touristen an der Liegestelle Wassergasse zu verbessern. Der Maßnahmenplan und die dazugehörigen Kosten sind in einer der nächsten Stadtverordnetenversammlungen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.5 Überplanmäßige Aufwendungen beim Ausbau des Domumfeldes im 6/DS/737 Bereich der Schulstraße, des Paradeplatzes, des Domplatzes zwischen Paradeplatz und Domstraße, des kleinen Platzes am Dom und des Domplatzes zwischen Domstraße und Domgasse

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine überplanmäßige Aufwendung für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 168.000 €.

Die Mehrkosten können aus der Maßnahme (ohne Nr.) „Stadtumbau Dritte / Aufbauschule“ (Konto 193 10 10, Kostenträger 511 30 40) gedeckt werden.

Zustimmung Ja 11 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.6 Elternbeitragssatzung Stadt Fürstenwalde/Spree für die Inanspruchnahme von kommunalen Kinderbetreuungsleistungen in Kindertagesstätten 6/DS/685

Der Bürgermeister eröffnet die Diskussion und führt einleitend aus, dass die Verwaltung bis zuletzt an dieser Satzung gearbeitet hat, um den Abg. vollumfänglich alle Informationen, die der Transparenz und Nachvollziehbarkeit dienen, geben zu können.

Abg. Sachse kritisiert, dass diese doch sehr umfangreiche Drucksache den Abg. erst kurzfristig zur Verfügung gestellt werden konnte. Nach Sichtung der Unterlagen findet diese Drucksache inhaltlich seine Zustimmung.

Abg. Rausch regt an, in Satzungen wieder mit Synopsen zu arbeiten (Textvergleich Vorher/Nachher), die es den Abg. erleichtert, Änderungen nachzuverfolgen bzw. zu erkennen.

Auf Grund der Kurzfristigkeit schlägt die Abg. Fiedler vor, über die geänderte Satzung heute nicht zu befinden, da der Ausschuss für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen, dessen Votum gehört werden muss, erst nach der Sitzung des Hauptausschusses tagt.

Mit dieser Vorgehensweise erklären sich die Mitglieder einverstanden.

Verweisung

TOP 7.7 Neufassung der Satzung über die Versorgung mit Mittagessen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree 6/DS/686

Die Diskussion erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Fachausschusses.

Der Bürgermeister führt einleitend aus, dass bestimmte Sachen, die in der STVV beschlossen worden sind, umgesetzt wurden. Zwei Kostenbestandteile, die bislang in der Berechnung der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen enthalten waren, wurden herausgenommen. Die Satzung wurde neu gefasst, auch unter der Beschreibung des Sachverhaltes welche Auswirkungen der Beschluss der letzten STVV finanziell hat. In der Satzung sind jetzt die korrekten Monatspauschalen mit den entsprechenden Grundlagen enthalten.

Abg. Sachse sagt, dass diese Satzung zustimmungsfähig ist. Er plädiert dafür, die Rückzahlungen vorzunehmen und allen, auch auf Grund der Vielzahl, den gleichen Betrag als Pauschale zurück zu erstatten.

Abg. Zänker spricht sich im Namen seiner Fraktion für eine Rückzahlung aus, da sich die Haushaltsbelastung in Grenzen hält und die Herstellung des Rechtsfriedens ein hohes Gut sein sollte. In den vergangenen Jahren wurden viele Streitigkeiten geführt, die oft nicht zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger entschieden worden sind.

Verweisung

TOP 7.8 Neufassung der Satzung über die Versorgung mit Mittagessen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree ab dem Kindergartenjahr 2018/2019 6/DS/731

Die Diskussion zu dieser DS erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Fachausschusses.

Der Bürgermeister geht auf die einzelnen Varianten

- Kalkulation städtischer Zuschuss zum Mittagessen ohne Zuschussung der Grundschüler (Mindestzuschuss) – Variante I
- Kalkulation städtischer Zuschuss zum Mittagessen mit Zuschussung der Grundschüler entsprechend der Lose und verschiedenen durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen (je Loskalkulation – Variante II
- Kalkulation städtischer Zuschuss mit einheitlichen durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen (die für die Eltern jeweils günstigere Variante)
- Kalkulation städtischer Zuschuss mit einem Eigenanteil von 1 Euro pro Mittagessen für alle Eltern (Kitas und Horte) – maximal möglicher Zuschuss

näher ein und bittet die Mitglieder zu den einzelnen Abstufungen um ein Votum.

Die Abg. Nancy Krüger bedankt sich bei der Verwaltung für die Darstellung der unterschiedlichen Varianten und votiert, auch im Sinne der Gleichbehandlung, für die Variante III im Beschlussvorschlag und wirbt nochmals für den Antrag auf Einforderung der ordentlichen Personalkostenerstattung vom LOS.

Auch Abg. Rausch spricht sich für die Variante III aus, da diese die Transparenteste für die beteiligten Eltern und auch für die Verwaltung ist.

Verweisung

TOP 7.9 Ortsteilbudgets für die Fürstenwalder Ortsteile Trebus, Molkenberg und Heidelberg 6/DS/721

Der Bürgermeister nennt die aktuellen Einwohnerzahlen:

Heideland	173
Molkenberg	219
Trebus	424

Nach eingehender Meinungsäußerung stellt der Vorsitzende den Antrag, es bei den 5,00 € pro EinwohnerIn zu belassen, was den Abg. Rausch veranlasst, einen weitergehenden Antrag zu stellen, die Ortsteile Trebus, Heidelberg und Molkenberg mit einem Budget in Höhe von 10,00 €/EinwohnerIn auszustatten.

Der Vorsitzende stellt den Antrag von Herrn Rausch zur Abstimmung.

Zustimmung Ja 5 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0

Abstimmung über den Antrag von Herrn Koch

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt, die Ortsteile Trebus, Heidelberg und Molkenberg weiterhin mit einem Budget in Höhe von 5,00 € pro EinwohnerIn auszustatten.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.10 Förderung der Biodiversität in Fürstenwalde/Spree, Hier: Beschluss der 6/DS/736 Förderrichtlinie

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Richtlinie der Stadt Fürstenwalde/Spree zur Förderung der Biodiversität. Dem vorgeschlagenen Umsetzungsverfahren wird zugestimmt. Im Jahr 2021 wird es eine Evaluierung geben.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.11 Stellungnahme der Stadt Fürstenwalde/Spree Verfahren der Unterschutzstellung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten gem. §9 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes (BbgNatSchAG) 6/IV/735

Kenntnisnahme

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Der Bürgermeister gibt eine Sachverhaltsdarstellung zur Thematik „Schule in Rauen“. Die Schule wird derzeit als Träger von JuSeV betrieben. Ein Teil der Gemeindevertreter vertritt die Auffassung, den Vertrag nicht weiter verlängern zu wollen und favorisiert einen anderen Träger; in der Diskussion ist die Rahn Education. Dies wird von den Eltern mehrheitlich abgelehnt. Da die Stadt eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit Rauen hat, könnte dies auch Auswirkungen auf die Stadt haben. Ggf. ist die Stadt verpflichtet, einen Teil der Schüler in Fürstenwalde unterzubringen. In der morgigen Gemeindevertreterversammlung soll über das weitere Verfahren abgestimmt werden. Die Verwaltung hat diese Situation analysiert und eruiert, so dass es mehrere Ansatzmöglichkeiten gibt, wie man zu einer einvernehmlichen Lösung kommen könnte. Aus Sicht der Stadt wäre eine Option, wenn Rauen die Schule wieder in ihre Trägerschaft übernimmt. Eine weitere Option, die auch mit dem Ministerium diskutiert wurde, wäre, dass die Stadt Fürstenwalde/Spree eine Außenstelle einer bestehenden Schule in Rauen eröffnet. Dafür kämen die Gerhard-Gossmann-Grundschule und die Theodor-Fontane-Grundschule in Frage. Im Umkehrschluss wäre es aber auch möglich, Kinder aus Fürstenwalde auf die Schule in Rauen zu schicken, um die geforderten Schülerzahlprognosen für Rauen zu erfüllen. Ein Vorteil dieser Lösung ist, dass weniger Genehmigungen und Beschlüsse herbeigeführt werden müssen.

Abg. Fiedler hinterfragt, ob sich die Gemeindevertretung schon zu diesen beiden Varianten geäußert hat, worauf der Bürgermeister antwortet, dass Amtsdirektor Schröder von diesem Sachstand in Kenntnis gesetzt wurde und das Votum der morgigen Gemeindevertreterversammlung abzuwarten ist.

Der Erste Beigeordnete, Dr. Fehse, informiert, dass die Stadt aktuell einen Kreditbedarf im Cash Management von 812.024,83 € hat. Am 15.6.2018 wurde der Kassenkredit um 1,0 Mio € auf 9,0 Mio € zu einem Zinssatz von 0,36% abgesenkt. Der Wechselkurs zum Schweizer Franken beträgt 1,1529. Der Breakeven liegt aktuell bei 1,49539.

Herr Tscheppe informiert, dass die Vergabe „Regenwasserverlegung im Bereich der Lotichiusstraße“ keines Beschlusses des Hauptausschusses bedarf, da der Auftraggeber der Landesbetrieb Straßenwesen ist und die Stadt die Ausschreibung und Vergabe in dessen Auftrag durchgeführt hat. Der Baubeginn soll am 13.8.2018 sein.

Eine weitergehende Information betrifft die Vergabeentscheidung „Deckensanierung Kirchhofstraße“. Hierzu hat die Fachgruppe eine Stellungnahme erarbeitet, die er verliest:

„In den Richtlinien zur Straßenunterhaltung geht man davon aus, dass eine Deckensanierung nach ca. 15 Jahren durchgeführt werden soll, um die Tragfähigkeit der Straße zu erhalten. Nach dieser Zeit ist damit zu rechnen, dass die Binderschicht zerstört wird, was zu einem weiteren Tragfähigkeitsverlust führt, der auf die darunter liegende Tragschicht Auswirkungen hat. Ist diese auch angegriffen, muss man von einem Neubau der Straße ausgehen.

Die erfolgte Deckensanierung in der Geschwister-Scholl-Straße (Baujahr 1995), die Baugrunduntersuchungen von Geschwister-Scholl-Straße und Kirchhofstraße (Baujahr 1996) und die damit verbundenen Analysen der einzelnen Asphaltsschichten haben gezeigt, dass sich die Binderschicht noch in einem einigermaßen guten Zustand befindet und dass sich durch eine Deckensanierung die Tragfähigkeit und damit die Nutzungsdauer der Fahrbahn mit relativ geringen Mitteln (kein Verlust der Tragfähigkeit) wieder herstellen lässt“.

Die verwaltungsseitigen Überlegungen gehen dahin, in den nächsten Jahren mit einer Straße pro Jahr weitere Deckensanierungen aus den 90iger Jahren vorzunehmen. In der Planung ist zurzeit die Deckensanierung für folgende Straßen: Eisenbahnstraße von Frankfurter Straße bis Seelower Straße (Baujahr 1997/1998) und Karl-Marx-Straße und Alte Langewahler Chaussee.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Abg. Zänker hinterfragt den Sachstand zum Beginn der Bauarbeiten an der Theodor-Fontane-Grundschule.

Herr Tschepe sagt zu, da ihn auch Frau Wilde von der MOZ angesprochen hat, den aktuellen Stand für die nächste Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen aufzubereiten.

Abg. Rausch möchte wissen, ob es neue Informationen vom Landkreis Oder-Spree bezüglich des Schulzentrums/der Fledermausproblematik gibt.

Herr Tschepe teilt mit, dass das Fledermausproblem nicht mehr anders lösbar ist als durch Abwarten, bis die Wochenstuben verlassen worden sind. Erst danach können die Abbrucharbeiten fortgesetzt werden. Die Oberarbeiten müssen neu ausgeschrieben werden. Die Zeitschiene verschiebt sich um ca. neun Monate. Für beide Vorhaben gilt, dass der LOS das Projekt Schulzentrum noch nicht aufgegeben hat und mit dem Finanzministerium in Verhandlungen steht, das ehemalige Finanzamtsgebäude zu erwerben und die Fördermittel, die auf Grund der besonderen Umstände entstanden sind, doch noch zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren ist dem Abg. Rausch aufgefallen, dass einige Straßen und Flächen der Stadt sehr stark durch Lindenblüten verschmutzt sind und auf vielen öffentlichen Flächen das Unkraut sehr hoch steht. Er bezieht sich auf den Leistungskatalog und fragt nach, wie oft diese Leistungen abgerufen werden (Unkraut jäten, Pflege von Baumscheiben etc.).

Herr Tschepe führt aus, dass die Grünanlagen, wo es sich tatsächlich um Rasenflächen handelt, turnusmäßig 5 - 6-mal im Jahr gemäht werden. Das Einsammeln von Müll etc. geschieht je nach Nutzungsintensität teilweise im Wochenrhythmus. Abschließend bittet Herr Tschepe darum, wenn besondere Missstände auftreten, diese der Verwaltung bzw. der FG Kommunalservice mitzuteilen.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Sitzungsteil und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 9 Seiten.

Anmerkung:

Die Schriftführerin weist darauf hin, dass die Tonaufzeichnung für diese Sitzung, auf Grund eines technischen Fehlers, erst ab dem TOP 7.1 zur Verfügung steht.

Uwe Koch
Vorsitzender

Anke Marggraf
Schriftführerin